

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Erscheint

wöchentlich drei Mal und zwar
Dienstag, Donnerstag u. Sonn-
abend. Insertionspreis: die
kleinspaltige Zeile 12 Pf. Im
amtlichen Theile die gespaltene
Zeile 30 Pf.

Abonnement

viertelj. 1 M. 20 Pf. einschließl.
des „Illustr. Unterhaltungsbl.“
u. der Humor. Beilage „Seifen-
blasen“ in der Expedition, bei
unsern Boten sowie bei allen
Reichspostanstalten.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: E. Dannebohn in Eibenstock.

48. Jahrgang.

N 17.

Donnerstag, den 7. Februar

1901.

Konkursverfahren.

Ueber das Vermögen des Materialwaarenhändlers und Gasthauspächters **Karl August Meichsner** in Eibenstock wird heute am 4. Februar 1901, Nachmittag 5 Uhr das Konkursverfahren eröffnet.

Der Rechtsanwalt von Einsiedel in Eibenstock wird zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum **30. März 1901** bei dem Gerichte anzumelden. Es wird zur Beschlussfassung über die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretenden Falles über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf

den **16. März 1901, Vormittag 11 Uhr**
und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf

den **20. April 1901, Vormittag 11 Uhr**
vor dem unterzeichneten Gerichte Termin anberaumt.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabsorgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum **8. April 1901** Anzeige zu machen.

Königliches Amtsgericht zu Eibenstock.

Bekannt gemacht durch den Gerichtsschreiber
Act. Worm.

Bekanntmachung.

Der Stadtrath hat unter Zustimmung der Stadtverordneten in Gemäßheit von § 125 der revidirten Städteordnung für die unten ersichtlichen 4 Bezirke nachgenannte Herren als

Zur Steuerfrage in Sachsen.

Als am 15. Dezember 1897 in der zweiten Kammer die von Seiten der Regierung eingebrachten Steuervorlagen einer allgemeinen Vorberatung unterzogen wurden, verwies der Herr Finanzminister in seinem einleitenden Exposé darauf, daß die Regierung nach bestem Wissen der Initiative bei der Durchführung der Steuerreform in dem Grundgedanken der Höherbesteuerung der fünfdritten Einkommen gegenüber dem nichtfünftenden zum allergeringsten Theile für sich in Anspruch nähme, sondern dieses Verdienst vielmehr der Kammer zuerkenne, die im Laufe der letzten 10 Jahre wiederholt die Einführung einer Ergänzungssteuer zur Herbeiführung der Höherbesteuerung des fünfdritten Einkommens gefordert habe. Die Regierung habe bei Feststellung der Vorlage getrachtet, den Anregungen und Intentionen der Kammer nach bestem Wissen zu folgen und gebe sich der Hoffnung hin, daß die Beratungen zu einem erproblichen Ende führen würden. Diese Hoffnung wurde, trotz der in der zweitägigen Debatte (15. und 16. Dezember 1897) hervortretenden starken Meinungsverschiedenheiten, genährt durch die Ausführungen des konservativen Fraktionsredners, des Abg. Dpiz, der Namens des weitest gehenden Theiles seiner Gesinnungsgenossen die von der Regierung vorgeschlagene allgemeine Vermögenssteuer, die das Vermögen in allen seinen Erscheinungsformen, möge es in Grundbesitz oder in gewerblichem Einkommen oder im Einkommen aus Staatspapieren und Aktien bestehen, erfassen sollte, als eine gerechte und zurechtenerkennung anerkannte. Eines vor allen Dingen sei hierbei auszusprechen, daß nämlich alle diese Wege — Kapitalrentensteuer, Zuschläge zur Einkommensteuer oder allgemeine Vermögenssteuer — wenigstens formell schon in Erwägung gezogen seien, daß sie bei der Vorbereitung der Vermögenssteuer in Preußen bereits dort die gründlichste Erörterung gefunden hätten und daß man sich dort schließlich überzeugt habe, daß es zur Durchführung der Vermögenssteuer in gerechtem und sachlichem Sinne nur einen Weg gebe, nämlich den in der Vorlage eingeschlagenen, der Heranziehung aller Arten des Vermögens. Dieser Vorschlag, in Preußen, der nunmehr auch eine praktische Bewährung von verschiedenen Jahren bereits hinter sich habe, sei so wichtig, so überzeugend, daß seine näheren Freunde sich gern dazu entschlossen hätten, der Regierung auf dem eingeschlagenen Wege zu folgen. Der konservative Redner hatte vorangebracht, daß, wenn es nicht gelänge, die beabsichtigte Steuerreform durchzuführen, angesichts der Finanzlage des Staates eine Steuererhöhung unausbleiblich sei. Eine solche würde dann aber nicht durchgeführt werden können nach Maßgabe des gerechteren Systems, das in der Vermögenssteuer zur Vorlage gebracht sei, sondern nach Maßgabe des bisherigen Systems, das heißt auf dem Wege eines Zuschlages zu der mehr oder minder einseitig wirkenden Einkommensteuer.

Das war die Auffassung der großen Mehrheit der konservativen Fraktion am 15. Dezember 1897 über eine Vorlage, die wiederholt von der Kammer verlangt worden war, und die, wie der Finanzminister später mit Recht hervorheben konnte, als vorzüglich durchgearbeitet, nicht nur in der Kammer, sondern auch im Lande und namentlich auch im Auslande vielfache Anerkennung gefunden hatte.

Am 28. April 1898 wurde indessen die Vermögenssteuer mit 51 gegen 25 Stimmen abgelehnt, und es fragt sich, was nunmehr zu geschehen haben wird, um den gewachsenen finanziellen Bedürfnissen des Landes gerecht zu werden. Die Hoffnung, daß der Rückgang in den Einnahmen der Staatseisenbahnen nur ein

vorübergehender sein werde, hat sich leider nicht erfüllt; die Rentabilität ist im Gegentheil noch weiter gesunken. Man wird also wahrscheinlich auf den großen Plan einer Besteuerung aller Vermögensarten zurückgreifen müssen, daneben aber wird sich ein hoffentlich nur mäßiger Zuschlag zur Einkommensteuer kaum mehr vermeiden lassen.

Der österreichische Reichsrath.

Der schon mehrere stürmische Sitzungen hinter sich hat und damit einen Vorgesmack dessen bot, was er zu leisten im Stande ist, wurde am Montag formell durch eine Thronrede des Kaisers Franz Joseph eröffnet.

Dieselbe nimmt auf den Ablauf der Handelsverträge Bezug und schildert die Beziehungen des Kaiserstaats zu den auswärtigen Mächten als durchaus friedlich. Am markantesten sind natürlich die Ausführungen der Rede über die heillos verfahrenere innere Politik und die Sprachenfrage und hieraus wieder verdient besondere Hervorhebung, daß der Kaiser an eine Verfassungsänderung, wie sie vielseitig drohend oder hoffnungsfreudig angekündigt wurde, nicht denkt.

Die Thronrede betont im Interesse des Ansehens und der Wahrung der Monarchie die Nothwendigkeit, wie in den andern Staaten für die Wehrkraft Sorge zu tragen, und gibt der festen Hoffnung Ausdruck, daß sich der Reichsrath den unabwendbaren Bedürfnissen nicht verschließen werde. Sie wendet sich sodann mit einem dringenden Appell an den Reichsrath, in welchem die außerordentlich reichen Früchte des Verfassungslebens in Bezug auf materielle Finanzen, hohen Staatskredit und allgemeine Bildung hervorgehoben werden, welche Letztere auch der Armee zu statten komme. Die Landtage hätten viel Nützliches schaffen können; die Staats-Grundgesetze bildeten somit einen werthvollen Besitz der treuen österreichischen Völker und seien nach außen hin das Sinnbild der Einheit und Stärke des Staates, unbeschadet der Selbstständigkeit einzelner Königreiche und Länder. Mit um so tieferem Schmerze habe den Kaiser die Erfolglosigkeit der letzten Reichsrathssitzungen erfüllt. Viele wichtige Angelegenheiten seien unerledigt geblieben, obwohl das Beispiel anderer Staaten einen mächtigen Antrieb hätte bilden sollen. Es wird sodann in der Thronrede aufs Nachdrücklichste der Wunsch ausgesprochen, daß die Reichsvertretung ihren Verpflichtungen gegenüber der gesamten Bevölkerung gerecht werde. Die Regierung werde den Parteien die Sicherung einer normalen Thätigkeit des Parlaments mit allem durch die Lage gebotenen Ernste nahelegen. Ein Stillstand der Gesetzgebung wäre um so beklagenswerther, als soziale Reformen, wie die Einführung einer Alters- und Invaliditäts-Versicherung, des Reichsrathes harrten. Alle auf die geistige und materielle Entwicklung des Reiches gerichteten Absichten blieben fruchtlos infolge des nationalen Streites, dessen gegenseitige Behandlung allein eine Gewähr der Dauer biete. Die Lösung der schwebenden Sprachenfragen sei gleichmäßig ein Akt der Gerechtigkeit und der Staatsraison. Die Regierung werde Alles aufbieten, um durch eine möglichst rasche Ordnung der Dinge das Reich von seinem größten Uebel zu befreien. Ebenso sei die Regierung verpflichtet, die Einheitlichkeit der Sprache in bestimmten Verwaltungssphären als altbewährte Einrichtung zu erhalten. Nimmermehr seien Erfolge durch eine Lähmung der Volksvertretung zu erzielen. Groß sei dagegen der Schaden für die Gesamtinteressen der Reichsländer. Wenn es sich in naher Zeit um die Herstellung einer

regelrechten Form der wirtschaftlichen Verhältnisse beider Staaten handele, sei eine kraftvolle Mitwirkung des Reichsraths eine unerläßliche Vorbedingung. Die Thronrede schließt:

„Begründen Sie in freiem, brüderlichem Streben einen Frieden, wie er den Bedürfnissen der Zeit entspricht. Hüthen Sie diesen ehrwürdigen Staat, der allen seinen Völkern gleichen Schutz gewährt. Gehen Sie den kommenden Geschlechtern mit leuchtendem Beispiel voran, wie Einzelwünsche mit dem Wohle des Ganzen in Einklang zu bringen sind. Ich hoffe und vertraue, daß Ihre Verantwortlichkeit der Leitern aller Ihrer Handlungen sein wird. Arbeiten Sie, und Sie werden ein ganzes Volk arbeiten sehen, und der Segen des Allmächtigen wird auf der Arbeit Aller ruhen.“

Tagesgeschichte.

— Deutschland. Kaiser Wilhelm ist am Dienstag an Bord der „Hohenzollern“ aus England abgereist.

— Der erste Verhandlungstag in der Kanaldebatte hat gezeigt, daß die Gegnerschaft im preuß. Landtage fast noch größer ist als vor zwei Jahren.

— Die Ausrüstung mit dem Gewehr M. 98 ist nunmehr vollendet beim Gardekorps und bei der Marine, außerdem haben, wie bekannt, als erste Truppe die ostasiatischen Regimenter sogleich bei ihrer Formation das neue Gewehr erhalten. Demnächst soll, dem Vernehmen nach, die Bewaffnung der in den Grenzen befindlichen Truppen mit dem neuen Gewehr erfolgen.

— Niederlande. Haag, 4. Febr. Die Vermählungsfeierlichkeiten wurde heute durch ein von drei Vereinen gebrauchtes Ständchen und durch glänzende Illumination der Stadt eingeleitet. Eine große Menschenmenge hörte auf dem Plage vor dem Palais unter großer Begeisterung die wohlgeleiteten Gesangsvoorträge mit an. Die Königin sprach den Leitern der Auf- führung ihren Dank aus. Später machte die Königin in Begleitung ihres Verlobten und der Königin-Mutter eine Rund- fahrt durch die herrlich geschmückten und beleuchteten Straßen der Stadt. Die Bevölkerung gab überall, wohin die Fahrt führte, ihrer freudigen Stimmung in lebhafter Weise Ausdruck.

— Amerika. In New-York zeigt sich die öffentliche Meinung etwas überrascht über die Haltung der Cubaner gegenüber den Vereinigten Staaten. Die Cubaner haben bereits aus sich selbst einen Kongreß einberufen, eine Verfassung entworfen, und sind im Begriff, einen Präsidenten zu wählen. Die Mittheilung, die die Unabhängigkeit Cubas erklärte, werde nach Washington zur Vollziehung gesandt werden. Mac Kintley wird jede Verantwortlichkeit vermeiden, indem er den Entwurf dem amerikanischen Kongreß unterbreitet. Dieser ist aber sehr gegen die Cubaner eingenommen wegen ihrer „Undankbarkeit“ gegen- über den von den Vereinigten Staaten gegen Spanien geleisteten Diensten.

— Wie aus New-York gemeldet wird, hat sich in Montreal in Kanada eine Vereinigung gebildet, die öffentlich die Un- abhängigigkeit von England und die Errichtung der Ber. Staaten von Kanada fordert.

— China. „Wolffs Telegr. Bureau“ berichtet: General- feldmarschall Graf Waldersee meldet aus Peking vom 4. d. M.: Die Kolonne v. Trotha erreichte über Sanflaten, 22 Kilo- meter westlich von Peking, vorgestern Jangjang, 30 Kilometer nordwestlich von Peking, und unternahm gestern von dort aus einen